Gesetze zu Fluglärm: „Bund in der Pflicht“

ANSBACH (aho) – „Hier wird Krieg geübt, und die Ansbacher Bevölkerung muss es ausbaden“ – Tobias Pflüger (links), Europaabgeordneter der Partei „Die Linke“, informierte sich gestern am Urlas über Entwicklungen zum Fluglärm und den Ausbauplänen der US-Armee. Nach einem Empfang bei Bürgermeister Hannes Hüttinger hatte das Ansbacher Friedensbündnis zu einer Ortsbegehung gemeinsam mit betroffenen Bürgern eingeladen.

„Es heißt, die Amerikaner dürfen so fliegen“, so ein Anwohner. „Das kann ich nicht verstehen.“ Dass die örtlichen Vereinbarungen zwischen US-Militär und Stadt seinerzeit nicht schriftlich fixiert wurden, sei ein Fehler gewesen, so Pflüger. Dies müsse nachgeholt werden. Bündnissprecher und Stadtrat der „Offenen Linken“, Boris-André Meyer (rechts), verwies darauf, dass die meisten Fraktionen und Gruppen des Stadtrats Oberbürgermeisterin Carda Seidel auffordern, auf eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen hinzuwirken (*wir berichteten*). Sollte dem Antrag in der Stadtratssitzung am Dienstag, 26. Mai, ein Beschluss folgen, „dann ist der Bund in der Pflicht“, so Pflüger. Er appellierte an die Mandatsträger vor Ort, sich dafür einzusetzen, dass politische Entscheidungen umgesetzt werden. Dass sich die Stadt inzwischen „als Teil der Friedensbewegung mit einbringt“, nannte Pflüger „mustergültig“. „Auch die Stadt möchte, dass die Belastungen verringert werden“, sagte Hüttinger. Doch die Amerikaner seien „ein harter Brocken“. Kritik eines Bürgers gab es am Landkreis: „Sie müssen ihren Hintern hochkriegen und sich anschließen.“ Für Irritationen sorgte eine Formulierung im Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm: Dort sei zwar von so genannten „Strahlflugzeugen“ die Rede, nicht aber von Hubschraubern, so Pflüger. „Sollte es eine Gesetzeslücke geben, muss diese geschlossen werden.“ Foto: Hofmann

Fränkische Landeszeitung, 20. 05. 2009